

zentralasiatische Offizielle“, der Chef der Islamischen Bewegung Usbekistans, Juma Boi Namangani sei mit 300 Kämpfern aus Nord-Afghanistan nach Tadjikistan hinübergewechselt, um einen neuen Vorstoß ins mittelasiatische Ferghana-Tal vorzubereiten. Er habe sein Lager im tadjikischen Tawildara aufgeschlagen, das

von der islamischen Opposition kontrolliert werde. Dieses Thema sei auch auf dem Gipfeltreffen der Mitgliedsländer der Zentralasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft am 5. Januar in der kasachischen Hauptstadt Almaty - Kasachstan, Kirgisistan, Tadjikistan und Usbekistan - diskutiert worden. An dem

Treffen hatte auch Rußlands Vizeaußenminister Trubnikow als Beobachter teilgenommen. Die Präsidenten kündigten ein kollektives Handeln an, mit dem verhindert werden solle, daß die Region in eine „Spirale des Chaos“ abgleite.

Diplomaten-Voodoo gegen die Taliban

von Jan Heller/ Kabul

Am 18. Januar diesen Jahres traten verschärfte Sanktionen gegen die in Afghanistan herrschenden Ultraislamisten in Kraft. Doch sie zielen eher auf Symptome denn Ursachen des über 20-jährigen Konflikts

Winter in Afghanistan ist keine erfreuliche Jahreszeit. Zwar tanzten im Dezember die Bewohner Kabuls auf den Straßen, als seit drei Jahren erstmals wieder reichlich Schnee fiel, der im Frühjahr und Sommer die Flüsse und Bewässerungssysteme in dem seit drei Jahren von einer extremen Dürre geplagten Land füllen soll. Aber wenn es nicht bald mehr schneit, droht laut UN-Welternährungsprogramm einer Million Afghanen der Hungertod. Der Schnee auf den Bergen, die das fast 2.000 Meter hoch gelegene Kabul malerisch einschließen, ist vorerst also nur eine Hoffnung auf bessere Zeiten. Denn Afghanistans winterlicher Alltag wird weiterhin vor allem von Problemen regiert.

Gegen acht Uhr früh, die Morgensonne wärmt noch immer nicht richtig, kauern an einer Kabuler Straßenecke ein paar Dutzend Männer, gegen die Kälte so tief in Decken gehüllt, daß nur noch die Nasenspitzen hervorlugen, und warten auf ein Wunder. Denn die wenigen Arbeitgeber haben schon zwischen fünf und sechs Uhr ihre Tagelöhner geheuert. Und während der steigende Konkurrenzdruck durch Zuwanderer aus den Dürregebieten dafür sorgt, daß auch die Löhne der wenigen Glücklichen, die einen Job ergattern, sinken, steigen gleichzeitig die Preise für Brennstoffe und Grundnahrungsmittel. In diesem Winter kommen erschwerend die verschärften UN-Sanktionen hinzu, die der Sicherheitsrat am 19. Dezember 2000 beschloß und die am 18. Januar diesen Jahres nach Ablauf einer 30-Tages-Frist in Kraft traten. Die regierenden Taliban machen sie für die Verschlechterung der Lebenslage verantwortlich. Selbst humanitäre UN-Agenturen widersprechen Moskaus und

Washingtons Ansicht, daß es sich um „smarte Sanktionen“ handle, die der Bevölkerung nicht schaden. Einer Studie des humanitären UN-Koordinationsbüros für Afghanistan (UNOCHA) zu Folge wirkten sich schon die weitaus schwächeren Sanktionen vom November 1999 „indirekt“ auf die Lebenslage der Bevölkerung aus, vor allem indem sie ihr „Gefühl der Isolation“ und damit die Hoffnungslosigkeit verstärkten. Vor 14 Monaten waren die Auslandsguthaben der Taliban eingefroren und alle Auslandsflüge der afghanischen Fluggesellschaft Ariana gestoppt worden. Seit dem 18. Januar diesen Jahres dürfen auch ausländische Fluglinien Afghanistan nur noch aus humanitären Gründen und für Pilger sowie mit einer eigens zu beantragenden Genehmigung des UN-Sanktionskomitees ansteuern. Taliban-Minister und deren Stellvertreter dürfen nur noch aus den genannten Gründen sowie zu Friedensgesprächen ihr Land verlassen. Die Taliban-Büros im Ausland - darunter eines in Frankfurt/a.M. - wurden geschlossen, ihre drei Botschaften in Islamabad, Riad und Abu Dhabi personell und im Rang reduziert, die Konten des von den Taliban beherbergten Islamisten-Chefs Usama bin Laden sowie seiner Organisation Al-Qaida („die Basis“) eingefroren. Außerdem sollen die Taliban auch deren Ausbildungslager in Afghanistan schließen (siehe Kasten „Internationaler Terrorismus“). Kernstück der neuen Sanktionen ist jedoch ein einseitiges Waffenembargo gegen die Taliban, das ihre Opponenten von der Vereinigten Front (UF) unter Militärführer Ahmad Shah Massoud ausnimmt. Schließlich darf auch Essigsäure-Anhydrid nicht mehr nach Afghanistan

Drogen:

Vier Jahre benötigten die ansonsten koran-festen Taliban, bis sie feststellten, daß der Anbau von Opiummohn der „heiligen Religion des Islam“ widerspricht. Kurz vor der letzten Herbstsaat dekretierte ihr Führer Mulla Muhammad Omar dann ein landesweites Anbauverbot und drohte bei Verstößen schwere Strafen an. Mit der Durchsetzung wurden die Hakims, die Dorfältesten, beauftragt, die von örtlichen Taliban-Kommandos überwacht werden. Widerstand, etwa bei den mächtigen Shinwar-Paschtunen am Khyber-Paß, wurde mit einer Mischung aus Drohungen und Versprechungen unterbunden. Trotzdem gingen die Taliban mit dem Dekret ein großes Risiko ein. Viele ihrer Unterkommandanten sind in die Geschäfte mit dem „Schwarzen“, wie die Paschtunen das Rohopium wegen seiner Farbe nennen, verwickelt. Ihre wirtschaftliche - und damit militärische - Überlebensbasis wird damit in Frage gestellt. Schon soll eine Delegation einflußreicher Stammesführer aus der Provinz Helmand, eine der Taliban-Hochburgen, Mulla Omar mit ihrem Abfall von der Bewegung gedroht haben. Zudem fehlt es an Anreizen für die Bauern, auf alternative Kulturen umzusteigen. Das wollen die Taliban der UNO überlassen, aber die mußte aus Geldmangel gerade Substitutionsprojekte ihres Anti-Drogen-Programms in Afghanistan einstellen.

exportiert werden, eine für die Heroin-gewinnung aus Opium unabdingbare Chemikalie. Afghanistan ist der weltgrößte Produzent von Rohopium - allerdings mit deutlich sinkender Tendenz, wie der Chef des UN-Drogenbekämpfungsprogramms, Pino Arlacchi, noch vor dem Sanktionsbeschluß bekannt gab. Genau deshalb verstehen die Taliban die Welt nicht mehr. Sie führen den von Arlacchi bestätigten Trend zu Recht auf ein Dekret ihres Großen Steuerherrn Mulla Muhammad Omar zurück, der landesweit den Anbau von Opiummohn untersagte (siehe Kasten „Drogen“). Besonders verbittert sind sie darüber, daß Arlacchis Report sich nicht im Text der Sicherheitsrats-Resolution vom 19. Dezember widerspiegelt, sondern ein angeblicher weiterer Produktionsanstieg als einer der Gründe für die neuen Strafmaßnahmen angeführt wird.

Bei aller Kritik vertreten Beobachter in der Region die Auffassung, daß die neuen Sanktionen durchaus einen der Hauptgründe für den anhaltenden Krieg in Afghanistan beseitigen könnten: Pakistans umfangreiche militärische Unterstützung der Taliban. Ohne die Waffen, Munition und Berater aus dem Nachbarland wären sie ihren Gegnern nicht mehr so deutlich überlegen und könnten dadurch gezwungen werden, so die Kalkulation, sich wieder auf die Option Verhandlungstisch zu besinnen. Aber bisher sind Moskau und Washington den Beweis dafür schuldig geblieben, daß sie das für die kostspielige Überwachung der Sanktionen notwendige Geld tatsächlich auch zur Verfügung stellen. Ein Expertenkomitee, das Vorschläge für das Monitoring ausarbeiten soll, ist noch nicht einmal benannt. Paula Newberg, die lange für eine humanitäre UN-Agentur in

Afghanistan arbeitete, kommentierte jüngst in der *Los Angeles Times*, daß die USA und Rußland Afghanistan in eine „diplomatische Voodoo-Puppe“ verwandelt hätten, „in die periodisch Nadeln gestochen werden, anstatt sich der schwierigen Arbeit zu widmen, dauerhaft Frieden zu stiften“. Diese „Nadeln“ sollen in der US-Variante Usama bin Laden treffen sowie in der russischen Variante die tschetschenischen und usbekischen Terroristen, die von Camps in Afghanistan aus agieren (siehe Kasten „Internationaler Terrorismus“). UN-Generalsekretär Kofi Annan sieht das nicht grundsätzlich anders und erklärte, die Sanktionen beförderten weder die UN-Friedensbemühungen noch ihre humanitären Anstrengungen. Im Gegenteil: Die Taliban, und das war vorauszusehen, nahmen die Sanktionen zum Vorwand, bereits den gerade am Anfang stehenden und von der UNO vermittelten Dialog mit Masuds UF zu boykottieren. Zudem gerät angesichts des Reizthemas islamischer Terrorismus die tatsächliche schwarze Seite des Taliban-Regimes mehr und mehr aus dem Blickfeld: die fast völlige Verbannung der Frauen aus dem gesamten sozialen Leben, einschließlich des Bildungssystems und des Arbeitsmarktes. Durch das einseitige Waffenembargo fühlt sich auch Massoud neuen militärischen Taten ermuntert. Alles deutet also darauf hin, daß Afghanistan auch 2001 ein weiteres Kriegsjahr bevorsteht.

Internationaler Terrorismus:

Der scheidende Anti-Terrorismus-Koordinator des Washingtoner *State Departments*, Michael Sheehan, hat Afghanistan als weltweit wichtigsten „Sumpf“, in dem sich Terroristen verbergen und der deshalb trockengelegt werden muß, bezeichnet. Russische Politiker haben sich derweil nach Ende des Kalten Krieges eine neue Dominotheorie mit dem Ausgangspunkt Afghanistan zurecht gelegt: Erst fällt Mittelasien, dann der Kaukasus und islamische Gebiete Kernrußlands wie Tatarstan, schließlich der Balkan. Unbestritten beherbergen die Taliban Pakistani und Tschetschenen, Usbeken und Uiguren, Bangladeshi und Filipinos sowie Staatsangehörige mehrerer arabischer Länder, die an den afghanischen Fronten Kampferfahrung für den „Heiligen Krieg“ in ihrer Heimat sammeln. Unklar ist jedoch ihre wirkliche Zahl. Meist wird von mehreren Tausend gesprochen. Aber die Angaben stammen von Geheimdiensten, die sie in der Regel aus „nationalem Interesse“ manipulieren. So geben beispielsweise russische Offizielle intern zu, daß höchstens zwei Dutzend Tschetschenen in Afghanistan seien, und sie eher den Taliban etwas beibringen könnten als umgekehrt. Auch der usbekische Islamistenführer Juma Boi Naman-gani, angeblich in Afghanistan, hält sich laut „Daily Telegraph“ tatsächlich in Tadjikistan auf. Wie er über die von russischen Soldaten scharf bewachte Grenze schlüpfen konnte, falls er nicht schon die ganze Zeit auf tadjikischer Seite war, wird wohl deren Geheimnis bleiben. Unter Experten umstritten ist auch die Frage, inwieweit die Taliban tatsächlich an einem Revolutionsexport interessiert sind oder ob sich ihre „Agenda“ nicht vielmehr auf das eigene Land beschränkt.